



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. September 2024 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 22.09.2013, also nunmehr 11 Jahren, wurde ich erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. Zuvor hatte ich in verschiedenen Funktionen - sowohl als Persönlicher Referent des Landrats als auch als Pressesprecher des Hochtaunuskreises - die Kreisverwaltung kennengelernt. Nach meinem Berufswechsel als Bundestagsabgeordneter blieb ich seinerzeit weiterhin ehrenamtlich als Oberurseler Stadtverordneter tätig. Den engen Draht zur Kommunal- und Kreispolitik habe ich mir bis heute bewahrt, weil wir nach meiner festen Überzeugung den Dienst an den Menschen und an der Gemeinschaft bestmöglich ausüben, indem wir an der Lebensrealität vor Ort teilhaben und teilnehmen. Heute, 11 Jahre später muss ich daher auch mit gewisser Sorge konstatieren: Das Ausmaß der Demokratieskepsis und Verdrossenheit hat ein neues Maß angenommen, was zum größten Teil auf die schlechte Regierungsführung durch diese Ampel-Koalition und realitätsferne Parteifunktionäre zurückzuführen ist. Mit Friedrich Merz als unseren von CDU und CSU gekürten Kandidaten werden wir ein überzeugendes Gegenangebot bei der nächsten Bundestagswahl unterbreiten.

Er hat nicht nur die Union neu aufgestellt und die Fraktionsarbeit unter den Bedingungen des Oppositionsauftrags ausgerichtet, sondern überdies mit Führung und Struktur zu einer neuen Stärke der Union beigetragen.

Ich kann verstehen, dass angesichts der falschen Politik und herausfordernden wirtschaftlichen Lage viele Bürgerinnen und Bürger besorgt, misstrauisch oder gar wütend sind. Aber alle Bürger, denen Demokratie und Gemeinschaft wichtig sind, sollten nur nach Thüringen schauen. Dort wurde die AfD zur stärksten Kraft gewählt und hat ihre Position bereits in der ersten Landtagssitzung missbraucht, um eine perfide Verfahrensabschottung zu betreiben. Sie attackiert die Abgeordnetenrechte und die Freiheit des Mandats. Wer also verständlicherweise den Politikwechsel möchte, wird sich bei der nächsten Wahl entscheiden müssen: Wählt er oder sie ein demokratisches Wahlangebot in der Mitte des Parteispektrums oder eine rechtsextreme Kraft, deren Gegnerschaft zur Werteordnung des Grundgesetzes jeden Tag aufs Neue dokumentiert wird.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Das Sicherheitspaket muss kommen!**
- **Deutschlands Automobilindustrie stärken**
- **Im Gespräch mit dem neuseeländischen Botschafter**

Das Sicherheitspaket muss kommen!

Zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahrzehnts sieht sich Deutschland mit der größten Zahl von Asylbewerbern und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs konfrontiert. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben mehr als 160.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Deutschlands Aufnahmekapazitäten sind erschöpft, was sich in der täglichen Realität in den Kommunen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, auf dem Wohnungsmarkt und im öffentlichen Nahverkehr zeigt.

Gleichzeitig sehen wir immer deutlicher die Auswirkungen dieser verfehlten Migrations- und Integrationspolitik auf die innere Sicherheit. Die Ampel-Koalition hat als Reaktion auf die Terroranschläge in Mannheim und Solingen ein „Sicherheitspaket“ versprochen. Inhalt des Pakets sollen Änderungen beim Waffenrecht sowie eine – geringfügige – Erweiterung der Befugnisse des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei und des Verfassungsschutzes sein. Zudem wurden Anpassungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht angekündigt. Dieses Gesetzespaket hätte eigentlich bereits in dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet werden sollen. Doch die Koalitionsparteien haben sich erneut über Details zerstritten und den Beschluss verschoben. Die Sicherheitsgesetze können somit nicht wie geplant verabschiedet werden.

***Standpunkt:** Die Ampel-Bundesregierung hat weder die Kraft für eine echte Wende in der Asyl- und Migrationspolitik noch für die dringendsten und notwendigsten Änderungen der Sicherheitsgesetze. Sie ist intern heillos zerstritten und kann sich nicht auf wirksame Maßnahmen einigen. Stattdessen verliert sie sich in größtenteils kosmetischen Änderungen des Waffenrechts, die keinen Anschlag verhindern werden. Die notwendigen Maßnahmen sowohl in der Asyl- und Migrationspolitik als auch in der inneren Sicherheit sind lange bekannt. Wir erneuern unsere Forderung nach einer konsequenten Zurückweisung an der Grenze, um die massenhafte illegale Einreise nach Deutschland zu beenden. Darüber hinaus fordern wir eine umfassende Stärkung der Sicherheitsbehörden für den wirksamen Schutz der Bevölkerung. Unsere Sicherheitsbehörden brauchen endlich die Befugnisse, die im 21. Jahrhundert zur Bekämpfung und Verhinderung von Verbrechen notwendig sind. •*

Unsere Automobilindustrie braucht eine Zukunft.

Die Automobilindustrie ist der bedeutendste Industriezweig in Deutschland. Die Wertschöpfungsketten der Fahrzeug- und Motorenhersteller sind tief mit dem deutschen und europäischen Mittelstand verbunden. In der Automobilwirtschaft mehren sich die Anzeichen für eine Krise: Die Auto-Produktion ist um rund 5 Prozent zurückgegangen. Im August wurden 69 Prozent weniger neue E-Autos zugelassen als im Vorjahresmonat.

Bei den Zulassungszahlen von Verbrennern gab es einen Rückgang von 28 Prozent. Eine zentrale Ursache für die Krise der Automobilindustrie liegt in dem ideologisch verengten wirtschafts- und industriepolitischen Kurs der Ampel-Regierung und der damit verbundenen Fokussierung auf einzelne, politisch definierte Technologien. Und selbst bei den von ihr politisch gewollten Technologien sorgt die Ampel für größtmögliches Förder-Chaos.

Förderprogramme wie die Umweltprämie stoppt die Ampel abrupt und ohne jegliche Vorankündigung und bringt so die Nachfrage nach E-Autos zum Erliegen. Auch das Förder-Chaos der Bundesforschungsministerin bei der Batterieforschung ist ein schwerer Rückschlag beim Wiedergewinn von Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität.

Standpunkt: *Wir wollen, dass Deutschland ein starkes Industrieland bleibt. Dazu gehört eine starke Automobilindustrie. Nur eine wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft sichert Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland und ist gleichermaßen in der Lage, in Klimaschutz und CO2-Neutralität zu investieren. Die Bundesregierung muss sich für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes einsetzen. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise, ein Belastungsmoratorium und Reduzierung von Bürokratie sowie eine Reform der Unternehmensbesteuerung.* •

Jugend setzt sich für Entwicklungszusammenarbeit ein!

Am Rande dieser Sitzungswoche Sitzungswoche hatte ich die Möglichkeit, ein Gespräch mit Nadia Idrissou und Roberta Tartaglione von ONE zu führen. ONE, eine weltweit tätige NGO, setzt sich mit ihren Jugendbotschafterinnen und Jugendbotschafter für Entwicklungszusammenarbeit ein. In unserem Austausch ging es vor allem um die zukünftige Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik, die im Haushaltsjahr 2025 erheblichen finanziellen Einschnitten ausgesetzt ist.



Entwicklungsarbeit bleibt essenziell, um die globale Gesundheit, Sicherheit und Bildung zu gewährleisten. Auch langfristig hat jeder Euro, der in Entwicklungszusammenarbeit fließt, Auswirkungen für Deutschland und kann Migrationsströme nach Europa verhindern. Den beiden Botschafterinnen war es wichtig zu betonen, dass die bisherige Politik auf diesem Feld große Erfolge erzielt hat, beispielsweise in der Bekämpfung von Polio-Erkrankungen. Ich bedanke mich sehr für den informativen und interessanten Austausch. •

Im Gespräch mit Neuseelands Botschafter

Zu meinen regelmäßigen Gesprächspartnern aus dem Diplomatischen Corps gehört mittlerweile der neuseeländische Botschafter Craig Hawke, mit dem ich am Mittwoch zu einem Austausch zusammen getroffen bin.

Im Mittelpunkt standen naturgemäß die bilateralen Beziehungen unserer beiden Länder, insbesondere die positiven Auswirkungen des im Mai in Kraft getretenen Freihandelsabkommens zwischen Neuseeland und der Europäischen Union. Wellington spielt darüber hinaus eine signifikante Rolle bei der Stärkung der Ukraine, u.a. unterstützen die Streitkräfte bei der Ausbildung ukrainischer Soldaten auf deutschem Boden. Der zunehmende Fokus der deutschen Außenpolitik auf den indopazifischen Raum – nicht zuletzt durch die Eröffnung einer deutschen Botschaft in Fidschi – wird ebenfalls positiv gesehen.



Vielen Dank, Herr Botschafter, für das herzliche Gespräch! •

Die gute Nachricht der Woche Praktikantin Nummer 100 in meinem Büro

In meinem Vorwort bin ich auf meine mittlerweile nun 11-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag zu sprechen gekommen. Neben unzähligen Reden, vielen Dienstreisen und einer bunten Vielzahl an Begegnungen stand für mich auch stets im Mittelpunkt, interessierten jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, in den Alltag eines Bundestagsbüros einzutauchen und das politische Geschäft hautnah mitzerleben.

In dieser Woche haben wir ein besonderes Jubiläum begangen: Mit Sadaf aus Usingen haben mein Büro und ich die bereits 100. Praktikantin verabschiedet.



Vielen Dank für deine Unterstützung, liebe Sadaf, und alles Gute für die Zukunft! •

